

Änderungsantrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Dr. Thomas Beyer, Dr. Paul Wengert, Susann Biedefeld, Annette Karl, Christa Naaß, Reinhold Strobl, Bernhard Roos SPD**

Haushaltsplan 2013/2014;

**hier: Streichung der Mittel für die „Nebenstaatskanzlei“ des stellvertretenden Ministerpräsidenten
(Kap. 07 01 und 07 02)**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Mittel für die „Nebenstaatskanzlei“ des stellvertretenden Ministerpräsidenten werden gestrichen. Somit sinken in den Kap. 07 01 und 07 02 die entsprechenden Ansätze bei den Personal- und Sachmitteln in beiden Haushaltsjahren um jeweils insgesamt 382,1 Tsd. Euro.

Begründung:

Die im Doppelhaushalt 2009/2010 geschaffene und seit dem 1. September 2010 besetzte „Nebenstaatskanzlei“ für den stellvertretenden Ministerpräsidenten mit einer Stelle für einen außertariflichen Arbeitnehmer (vergleichbar BesGr. B 6), zwei Stellen in der BesGr. A 13 und einer übertariflichen Stelle in der Entgeltgruppe 6 TV-L zuzüglich anteiliger Arbeitsplatz- und Gemeinkosten ist angesichts der sich daraus ergebenden jährlichen Gesamtkosten in Höhe von 382,1 Tsd. Euro weder sachlich noch fiskalisch gerechtfertigt. Die frei werdenden Mittel sollen für Sozial- und Jugendprojekte verwendet werden.